



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, SPD



Kurt Beck

Hans Bonkas

Frage: Was hat Sie dazu bewogen, politisch tätig zu werden und in die SPD einzutreten?

Mein Interesse für die Politik habe ich als Jugendlicher entdeckt, während meiner Ausbildungszeit. Angeregt durch die Medienberichterstattung und durch meine eigenen Erfahrungen während der Ausbildung, später in der Gewerkschaftsarbeit, wuchs in mir zunehmend die Wissbegierde zu erfahren, wie Politik gemacht wird und wie politische Zusammenhänge besser zu verstehen sind. So stieß ich schließlich 1972 zur SPD. Das hing wesentlich zusammen mit dem Verständnis von Politik, den Inhalten und der Art der Vermittlung, wie sie mit dem Namen und der Person Willy Brandt verbunden ist.

Frage: Sie gelten in der Politik als ein Mann des Ausgleichs. Für überzogene polemische Auseinandersetzungen haben Sie nicht viel übrig. Ist das mit ein Grund, warum die Koalition mit der FDP in Mainz fast reibungslos läuft?

Vielleicht mag man dies als Politikbegriff der alten Schule abtun, aber ich bin und bleibe bis zum Beweis des Gegenteils davon überzeugt, dass sich langfristig eine erfolgreiche Steuerung des Gemeinwesens nur durch eine verlässliche, solide und ruhige Arbeit erreichen lässt. Zu oft findet eine Orientierung an kurzfristigen (Schein-) Erfolgen statt oder es wird der medialen Aufmerksamkeit im Sinne eines Quotenkönigtums der inhaltlichen Auseinandersetzung der Vorzug gegeben. Dies ist nicht mein Verständnis von Politik. Ich scheue sicher nicht den Disput, aber ich will wegen der Inhalte überzeugen und gewählt werden. Auf dieser Basis und mit diesem Grundverständnis regieren wir seit 1991 sehr erfolgreich in Rheinland-Pfalz. Das hat die Landtagswahl im vergangenen Jahr eindrucksvoll bewiesen.

Frage: Die steigende Lebenserwartung der Rentner und Pensionäre, die zurückgehende Geburtenentwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit bringen die Rentenkassen zunehmend in Bedrängnis. Sind Sie der Ansicht, dass mit der Einführung der „Riester-Rente“ nunmehr alle Schwierigkeiten behoben sind?

Das größte Problem für die gesetzlichen Sozialversicherungen ist die hohe Arbeitslosigkeit. Sie ist neben der steigenden Lebenserwartung von Rentnerinnen und Rentnern sowie Pensionären und einer zurückgehenden Geburtenentwicklung vordringlich dafür verantwortlich, dass geringere Beitragseinnahmen in die Rentenkassen fließen. Insofern ist eine gute Arbeitsmarktpolitik die beste Rentenpolitik.

Durch die von Ihnen als „Riester-Rente“ bezeichnete Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung sind wir ein gutes Stück weiter gekommen. Aus meiner Sicht wäre jedoch auch überlegenswert, ob nicht alle Einkommen von der ersten Mark an rentenversicherungspflichtig werden. Dies hätte auch den Vorteil, dass Probleme wie Scheinselbständigkeit gar nicht erst aufträten.

Frage: Fast jedes Jahr wurden zusätzliche Leistungen aus den Rentenkassen an Personen gezahlt, die selbst nichts eingezahlt haben. Zuletzt wieder an Zuwanderer jüdischen Glaubens aus Russland. Wie hoch sind ungefähr die Leistungen der Rentenkassen an Personen, die selbst

keine Beiträge gezahlt haben?

Eines der großen Verdienste der rot-grünen Bundesregierung ist, dass die so genannten sozialversicherungs-fremden Leistungen nicht mehr aus Mitteln der Gesetzlichen Rentenversicherung, also der Beitragszahlerinnen und -zahler sowie ihrer Arbeitgeber, finanziert werden, sondern über Steuermittel von allen Steuerzahlerinnen und -zahlern. Dazu gehören auch die Fremdrenten.

Frage: Die SPD tritt für soziale Gerechtigkeit ein. Ab 2002 gilt bei der Besteuerung der Dividende das Halb-werteinkünfteverfahren bei gleichzeitigem Wegfall der Vergütung der Körperschaftssteuer. Nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute begünstigt das die Groß-verdiener und benachteiligt die Kleinverdiener? Finden Sie das gerecht?

Zunächst möchte ich voran stellen, dass das mit der Abschaffung des Anrechnungsverfahrens verfolgte Ziel darauf gerichtet war, die steuerliche Belastung für Unternehmen zu senken und so neue Investitionsanreize zu schaffen. Über die durchgeführte Systemänderung ist es auch gelungen, ausländische Unternehmen zu Investitionen in Deutschland zu veranlassen und so u.a. neue Arbeitsplätze zu schaffen. Weitere wichtige Gründe waren die bessere Europatauglichkeit des neuen Besteuerungssystems und seine günstigere internationale Steuerpolitik, die Beseitigung von Umgehensmöglichkeiten und eine höhere Steuertransparenz sowie die Verwaltungsvereinfachung.

Richtig ist, dass Kleinaktionäre systembedingte Einbußen hinnehmen mussten. Aber im Ergebnis ist ihre Steuerbelastung - selbst wenn sie sich innerhalb des Sparerfreibetrages bewegen und insoweit das 30%-ige Anrechnungsguthaben verloren geht - immer noch 17% geringer als die der Großanleger. Es bestand überdies die Erwartung, dass das neue Modell sich nicht nur auf Investitionsanreize, sondern auch auf die Gewinnausschüttung positiv auswirken würde. Allerdings ist dieser Effekt nur sehr partiell eingetreten, wohl auch, weil die Gewinnausschüttungen insgesamt durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung überlagert wurden.

Frage: Nach Ansicht der SPD hat die Globalisierung eine Mitschuld an der deutschen Standortchwäche. Sie bedroht Arbeitsplätze, Wohlstand und den Sozialstaat. Sehen Sie das auch so und was kann die SPD dagegen unternehmen?

Die Globalisierung ist Chance und Risiko zugleich. Natürlich birgt sie Risiken, weil neue Konkurrenten auf den Plan treten und auch andere Länder heute mit Produkten und Dienstleistungen auf den Markt gehen, die vor einigen Jahren noch ausschließlich den westlichen Industrienationen vorbehalten waren. Aber dies bringt auch die Chance für eine Zunahme des weltweiten Wohlstandes durch Erhöhung des Handels und eine breite Schaffung neuer Arbeitsplätze mit sich und es ist auch eine Frage der internationalen Solidarität, dass wir gerade den Ländern in Südamerika, Asien und Osteuropa,

die erhebliche Anstrengungen um ihre Wettbewerbsfähigkeit unternommen haben, nun nicht neue Handels-schranken vorsetzen.

Davon sehr strikt unterscheiden muss man aber das Problem schrankenloser weltweiter Kapitalinteressen, bei denen es eben nicht um die dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen geht, sondern um die möglichst kurzfristige Rendite. Hier werden Standorte gegeneinander ausgespielt und mit undurchsichtigen Finanztransaktionen ganze Volkswirtschaften in Krisen gestürzt. Da ist genau der Punkt erreicht, an dem die SPD sagen muss: Wir brauchen nicht nur einen freien Welthandel, sondern wir brauchen ökologische und soziale Mindeststandards und auch ein Mindestmaß an Kontrolle internationaler Finanzströme, um zu verhindern, dass die Bemühungen in Deutschland und der Europäischen Union um faire Wettbewerbsbedingungen systematisch ausgespielt werden.

Frage: Von gewisser Seite, insbesondere der FAZ, wird man nicht müde, den Sozialstaat anzuprangern. Dagegen werden Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug verharmlost. Wie will die SPD gegen dieses Übel vorgehen?

Wir müssen beides nachhaltig bekämpfen: die Steuerhinterziehung und den Missbrauch von Sozialgesetzen. Wir wollen einen gerechten und sozialen Staat, der all denjenigen hilft, die unmittelbarer Hilfe bedürfen, insbesondere in Fragen von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und anderer unverschuldeter Not. Es ist für mich schlicht eine Frage des solidarischen Handelns, dass solche Regelungen auch nur von denen in Anspruch genommen werden, die einen sachlichen Anspruch darauf haben. Bei all dem dürfen wir aber nicht die Maßstäbe verlieren: so schlimm der Mißbrauch sozialstaatlicher Regelungen im einen oder anderen Fall ist, er steht in keinem Verhältnis zu den Milliardenschäden an unserer Volkswirtschaft, die durch betrügerische wirtschaftliche Machenschaften einzelner, durch Steuerhinterziehung, die rücksichtslose Ausnutzung von Steuerschlupflöchern und den systematischen Einsatz von Schwarzarbeit entstehen. Hier darf nicht der Eindruck entstehen: die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Frage: Durch die Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer haben die Unternehmer eine erhebliche Entlastung erfahren. Dagegen ist das Einkommen der Arbeitnehmer stiefmütterlich behandelt worden. Was wird die SPD gegen diese Entwicklung unternehmen?

Wir sind zur letzten Bundestagswahl mit dem Versprechen angetreten, unsere Unternehmen im weltweiten Wettbewerb zu entlasten und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Dieses Versprechen hat die SPD erfüllt. Wir waren andererseits durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts gezwungen, im Bereich der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer Grenzen einzubauen, die die Substanz der Betriebe nicht schädigen. Ich halte dies auch für richtig.

Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass sich nun - in Verbindung mit der nationalen und internationalen Verlegung von betrieblichen Aktivitäten - Unternehmen, und insbesondere Großkonzerne, aus der Steuerpflicht komplett verabschieden. Die Infrastrukturleistungen unseres Staates, die Verkehrswege, die Schulen, die großen Aufwendungen für die innere und äußere Sicherheit, sie alle dürfen nicht allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Auch deswegen habe ich die Bundesregierung in ihrem Bemühen unterstützt, die große Einkommenssteuerreform mit einer deutlichen Erhöhung der Leistungen insbesondere für Familien mit Kindern, auf den Weg zu bringen. Das muss unsere Linie bleiben: Wer als Unternehmer investiert und Arbeitsplätze schafft, wer als Arbeitnehmer leistungsbereit ist und sich aktiv am weiteren Ausbau des Standorts Deutschland beteiligt, der muss steuerlich entlastet werden. Ich bin überzeugt, dass sich diese Gedanken auch im Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2002 wiederfinden werden.

Frage: Wir führen seit über 10 Jahren Seminare mit jungen Menschen und uns Zeitzeugen durch. Dabei konnten wir feststellen, dass die Jugendlichen durchaus an Politik Interesse zeigten. Doch das Erscheinungsbild vieler Politiker finden sie einfach „zum Kotzen“. Sie betreiben eine Politik nach dem Motto: Hauptsache meine Partei und ich haben den Vorteil davon. Ob Deutschland davon Schaden nimmt, ist ihnen scheinbar völlig egal. Haben Sie für diese Ansicht der Jugendlichen Verständnis?

Es wäre der falsche Weg, eine solche Aussage zu unterfüttern mit dem Hinweis, dass eben früher alles anders und meist besser gewesen ist. Tatsächlich ist es so, dass die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vielfach anders und meist komplexer geworden sind. Auch angesichts der Informationsflut in den Medien ist es zunehmend schwierig, sich über politische Zusammenhänge ein klares Bild zu machen. Mehr Informationen führen eben nicht immer zwangsläufig und bequemer zu einer differenzierteren Betrachtung. Insofern wird die Vermittlung von Politik und Entscheidungsprozessen schwieriger. Dazu gesellt sich eine zunehmende Individualisierung der Lebensweise. So kann eine Entscheidung mitgetragen, die nächste schon wieder verdammt werden.

Eine allgemein zunehmende Politikverdrossenheit vermag ich nicht zu erkennen. Es sind die langfristigen Bindungen, die sich reduzieren. Viele junge Menschen engagieren sich eben auch zielgerichteter und projektorientierter. Ich plädiere daher für eine weitergehende Definition, die sich am gesellschaftlichen Engagement insgesamt orientiert. Gleichwohl ist es unsere beständige Aufgabe, Anreize für ein Mitwirken zu schaffen. Sie geben mit Ihren Seminaren ein sehr gutes und nachahmenswertes Beispiel.

Wie konnte Hitler an die Macht kommen? Gibt es dafür Schuldige und wer waren sie?

Diese zwei Fragen werden uns noch lebenden Zeitzeugen der Hitler- und der kommunistischen Diktatur immer wieder gestellt. Seit über 10 Jahren führen wir Seminare mit jungen Menschen an den Brennpunkten Deutscher Geschichte in Berlin durch und stets wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer genau dieses wissen. Im kommenden Jahr jährt sich zum siebzigsten mal der Tag der Mächterschleichung Hitlers. In einer Fortsetzungsreihe wollen wir aufzeichnen, wie es dazu kam und auch die Schuldigen benennen.

Hitler machte die Deutschen - bis auf wenige Ausnahmen - zu Komplizen seiner Verbrechen. Aus dem weltweit angesehenen Volk der Dichter und Denker wurde ein Volk der Mörder und Henker. Ich selbst war bis Ende April 1945 in Berlin und man sagte damals: „Genießt den Krieg, der Frieden wird furchtbar.“, wohl als Eingeständnis, Hitler viel zu lange gefolgt zu sein. Die Ursachen-

forschung nach dem totalen Zusammenbruch, es wurde ja bis zur Reichskanzlei gekämpft, wurde nach dem Motto: „Haltet den Dieb!“ betrieben. Die Kommunisten in der SBZ waren mit der Schuldzuweisung an die SPD schnell zur Hand. Sie hatten sich der Einheitsfront mit der KPD verweigert. Deshalb wurden die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten beschimpft, Stalin sah viele Jahre nicht Hitler, sondern die SPD als Hauptfeind an. Man machte sogar mit den Nazis gemeinsame Sache um die von der SPD geführte preußische Landesregierung zu stürzen und beim Eisenbahnerstreik 1932 in Berlin saßen Ulbricht und Göbbels gemeinsam auf der Tribüne als es gegen die SPD ging. Und es gab noch viele andere Gründe, dass auch die Kommunisten gegen die Republik von Weimar waren und eine eigene Diktatur anstrebten.

Doch auch in Westdeutschland machte es sich die Re-

gierung Adenauer mit der Vergangenheitserklärung sehr einfach: Weil es zu wenig Demokraten gab und die Parteien versagten war die Weimarer Republik nicht lebensfähig; so ihre Erklärung. Doch warum es so gekommen ist, darüber wurde auch in der Bonner Regierung nicht diskutiert. Man hätte dann eingestehen müssen, dass die Bayerische Volkspartei 1925 bei den Reichspräsidentenwahlen nicht den von den demokratischen Parteien aufgestellten Dr. Marx vom Zentrum unterstützte, sondern Hindenburg, den späteren Totengräber der Republik. Historiker sind sich einig, dass ein Reichspräsident Dr. Marx keinen Hitler zur Macht verholfen hätte. Man hätte auch eingestehen müssen, dass die Zentrumsparterie 1932 mit Hitler Koalitionsverhandlungen geführt hat und im März 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zustimmte. Sie stimmten damals de facto zu, dass Hitler diktatorisch regieren konnte. Einzig die SPD stimmte gegen das Gesetz. Außerdem wollte man 1945 viele ehemalige Nazis nicht verärgern, auf deren Stimmen man ja angewiesen war. Und auch im Regierungsapparat saßen ja ehemalige Nazis. Auch bei dem von den Siegermächten angeordneten Entnazifizierungsgesetz ging man sehr gnädig vor. Insgesamt wurden 3,7 Millionen Verfahren durchgeführt, aber nur in 16.670 der durchgeführten Fälle wurde auf „hauptschuldig“ erkannt; ein verschwindend kleiner Bruchteil von rund 0,05%! Als „belastet“ galten 23.000 (rund 0,6%). Vollkommen entlastet wurden dagegen 1,2 Millionen. Der große Rest galt als „Mitläufer“.

Nicht nur nach unserer Ansicht, sondern auch vieler Historiker - auch ausländischer - war der Ausgang des ersten Weltkrieges, die sogenannte „Dolchstoßlegende“ und das Diktat von Versailles der ideale Nährboden für einen Demagogen wie Hitler. So erklärte 1919 der französische General Foch, gewiss kein Freund Deutschlands: „Der Friede von Versailles ist kein Friede, sondern ein Waffenstillstand von 20 Jahren“. Er sollte Recht behalten. Genau 20 Jahre später löste Hitler mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg aus.

Hitler ging insbesondere mit der „Dolchstoßlegende“ sehr erfolgreich gegen die demokratischen Parteien auf Stimmenfang aus. Diese Legende war das Ergebnis der Kriegspolitik der Militärs des Kaiserreiches: Der eigentliche Herrscher in Deutschland war 1918 nicht der Kaiser, sondern General Ludendorff. Als der Krieg, den er mit angezettelt hatte, offensichtlich verloren war, forderte er die Reichsregierung im Herbst 1918 ultimatив auf, sofort Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Die Verbündeten, die Türkei, Bulgarien und Österreich-Ungarn hatten bereits kapituliert. In Frankreich waren 1,5 Millionen amerikanische Soldaten gelandet und weitere unterwegs. Deutschland war stehend K.o. Als der US-Präsident Wilson im Januar 1918 seine 14 Friedenspunkte verkündete, war vielleicht noch ein konstruktiver Frieden auf der Grundlage dieser Punkte zu haben. Im Oktober 1918 nicht mehr, als der Krieg für Deutschland bereits offensichtlich verloren war. Am 24. Oktober 1918 ruft Ludendorff, nachdem er sieht, dass auf der Grundlage der 14 Punkte von Wilson, kein Frieden mehr zu haben ist, zum aussichtslosen äußersten

Widerstand auf. Doch jetzt machten ihm die Matrosen der Kriegsmarine einen Strich durch die Rechnung. Als der Befehl zum Auslaufen kommt, um den Kampf gegen die weit überlegene englische Flotte aufzunehmen, machen sie nicht mehr mit. Der Streik greift bald auf ganz Deutschland über und Ludendorff flieht nach Schweden. Die oberste Heeresleitung blieb bei den Verhandlungen mit den Siegern wohlweislich außen vor, nachdem sie das ganze Desaster verursacht hatte. So konnte man später gegenüber der Regierung der Weimarer Republik und den 3 demokratischen Parteien, SPD, Zentrum und DDP, die „Dolchstoßlegende“ in Umlauf bringen. Man machte der „Weimarer Koalition“ jetzt den Vorwurf, dass sie hinter den Rücken der im Felde unbesiegten Soldaten, kapituliert und das Diktat von Versailles unterschrieben habe. Die Demokraten mussten sich ab sofort als „Novemberverschreiber“ beschimpfen lassen - am lautesten von Hitler. Nur zu gern glaubten die meisten Deutschen die Legende vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken der angeblich unbesiegten Soldaten.

Die Regierungsparteien der ersten deutschen Republik mussten in Versailles die Suppe auslöffeln, die ihnen der Kaiser, die oberste Heeresleitung, die deutsch-nationalen Parteien eingebrockt hatten. Die 3 demokratischen Parteien, die keine Schuld am Ausbruch des Krieges hatten, die bereits 1916 auf einen Vernunftfrieden drängten, mussten das Diktat von Versailles ausbaden. Es wurde in Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg als tiefe Demütigung empfunden. Es sicherte nicht den Frieden, sondern erzeugte Rachegefühle, die sich Hitler alsbald zu eigen machte. Ein- und weitsichtige Politiker erkannten das schon 1919. Auf einhellige Ablehnung aller Parteien in Deutschland stieß der Artikel 231 des Vertrages von Versailles, der Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges zuweist. Es ist zwar richtig, dass insbesondere die oberste deutsche Heeresleitung eine große Mitschuld trägt. Doch auch in Russland gab es Kriegstreiber - so befahl der Zar als erster die allgemeine Mobilmachung - und in Frankreich wollten die Militärs „Rache für Elsass-Lothringen“. Der Vorwurf der Alleinschuld ist also nicht gerechtfertigt. Zutiefst ungerecht war auch die Forderung der Alliierten: 100 Jahre lang sollte Deutschland nachgerade wirtschaftlich ausgeplündert werden. So war dieses Diktat für die demokratischen Parteien eine einzige Katastrophe und für die junge Weimarer Republik eine tödliche Hypothek.

Die Historiker sind sich heute weitgehend darüber einig, dass die damalige Regierung, getragen von SPD, Zentrum und DDP, keine andere Wahl hatte, als das Diktat zu unterschreiben. Das Ultimatum sah vor, dass bei Nichtunterschrift ganz Deutschland besetzt würde. Darin hätten die Franzosen die Möglichkeit gesehen, Deutschland in 3 Staaten aufzuteilen. So sagte der damalige französische Ministerpräsident „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich mir gleich mehrere Deutschlands wünsche“. Die deutsche Regierung wusste, dass ihre Unterschrift unter den Diktat-Frieden an ihnen wie ein Fluch haften würde. Hatte doch selbst der SPD-Reichs-

kanzler Scheidemann, der selbst zurücktrat, um nicht unterschreiben zu müssen, erklärt: „Welche Hand müsste nicht vertrocknen, die Deutschland in die Fesseln dieser Diktatur legt“. Selbst die eigentliche Siegermacht des Weltkrieges, die USA, sahen in Versailles keinen Friedensvertrag und unterschrieben nicht. Erst 1922 wurde in Frankfurt am Main zwischen Amerika und Deutschland ein Friedensvertrag abgeschlossen.

Das Etikett von den „Novemberverbrechern“ blieb an den Parteien der Weimarer Koalition kleben. Es trug ganz wesentlich dazu bei, dass Hitler an die Macht kommen konnte, denn an allen Leiden, die jetzt auf Deutschland zukamen, waren die „Novemberverbrecher“ schuld. Die mutigen Demokraten der ersten deutschen Republik mussten damit leben bis zum bitteren Ende der Weimarer Republik. Die Empörung der deutschen Bevölkerung über das Diktat von Versailles war so groß, dass die SPD, Zentrum und DPP bei den Wahlen zum Reichstag die Quittung erhielten: Ihr gemeinsamer Stimmenanteil bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 mit insgesamt 76,1% (da waren doch wohl genug Demokraten da) ging nach Versailles auf unter 47% zurück.

Bei den künftigen Wahlen erreichen sie nie wieder die absolute Mehrheit und mussten mit anderen Parteien koalieren, die eigentlich keine Republikaner waren. Nach dem Diktat von Versailles war es für die Koalitionsparteien außerordentlich schwer zu überleben. Je mehr sich

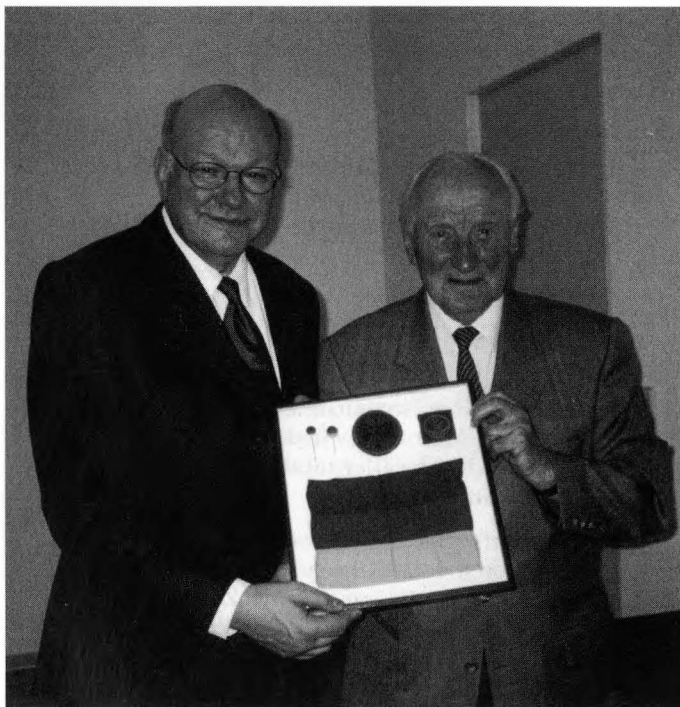
jetzt die Belastungen für das deutsche Volk zeigten, umso hemmungsloser und verlogener agierten jetzt die Rechtsparteien der Deutsch-Nationalen unter Hugenberg, der Kommunisten und ganz besonders der Demagoge Hitler. Er brachte es zu einer wahren Meisterschaft, denn bei allen Schwierigkeiten, die Versailles mit sich brachten, waren nur die Novemberverbrecher schuld. Mit unserem heutigen Wissen hätten die 3 demokratischen Parteien damals „die Dolchstoßlegende“ für strafbar erklären müssen, wie es heute bei der „Auschwitzlüge“ der Fall ist. Nach alledem Aufgeführten ist es durchaus berechtigt, Hitler ein Kind von Versailles zu nennen, wie dies auch Historiker tun.

Die demokratischen Parteien der Weimarer Republik wurden darüber hinaus von gleich 3 Seiten bekämpft. Erstens von den tragenden Schichten des Beamtentums, die noch immer dem Kaiserreich nachtrauerten. Zweitens von den Rechtsparteien, Nazis und Deutschnationalen, die die Demokratie abschaffen wollten. Drittens den Kommunisten, die eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild anstrebten und viertens den Fesseln des Diktates von Versailles. Hier waren es insbesondere die Franzosen, die wirklich alles getan haben, um der Weimarer Republik das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das zeigte sich ganz besonders im Krisenjahr 1923, wo sich die Gegner der Weimarer Republik in schönster Eintracht befanden um der Republik zu schaden.

Hans Bonkas

Fortsetzung folgt in der Juli-Ausgabe.

Interview mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, SPD



Walter Momper

Hans Bonkas

Frage: Die Demoskopien behaupten, dass die Bürger in Westdeutschland mehrheitlich gegen eine Rot-Rote-Regierung in Berlin sind. Befürchten Sie, dass dies Auswirkungen auf die kommende Bundestagswahl für die SPD hat?

Nein. Die Westdeutschen wählen viel politischer.

Frage: Ich selbst habe als ehemaliger politischer Häftling von 1948 - 1956 im „Roten Ochsen“ in Halle und im „Gelben Elend“ in Bautzen keine Sympathien für die PDS. Ich stelle mir aber die Frage, ob auch eine andere Lösung möglich war.

Welche Ansicht vertreten Sie?

Nach dem Scheitern der Ampel gab es keine andere Mehrheitsbildung (außer der Großen Koalition, die keiner wollte).

Frage: Nach meiner Ansicht hat die Berliner CDU auch eine Möglichkeit gehabt, die PDS als Regierungspartei zu verhindern. Sie hätte der SPD die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung anbieten können. Hätte die SPD darauf eingehen können?

Nein, das wäre eine verkappte große Koalition gewesen.

Frage: Berliner Zeitungen haben der SPD vorgeworfen, ihre Ideale verraten zu haben, weil sie mit der PDS eine Koalition eingegangen ist.

Keine Kritik wurde dagegen geäußert, dass in Berlin-Mitte, dem wichtigsten der Berliner Bezirke, die CDU mit der PDS und den Grünen eine Koalition eingegangen ist und den Bezirksbürgermeister stellt. Die SPD ist in Berlin-Mitte die stärkste Partei.

Was ist Ihre Meinung dazu?

Die Koalition aus PDS und CDU im Bezirk Mitte ist von vielen Seiten kritisiert worden.

Frage: Man sollte keineswegs vergessen, dass die DDR ein Unrechtstaat war und viele Verbrechen an Sozialdemokraten begangen wurden. Aber man sollte auch nicht vergessen, welche großen Verbrechen die Nazis begangen haben. Hier hat sich die CDU nach 1945 nicht gescheut, mit ehemaligen Nazis zusammenzuarbeiten wie Globke, Oberländer usw. Waren die Verbrechen der Nazis für die CDU weniger schlimm?

Wir vom Reichsbanner haben nie im Glashaus gesessen. Wie denken Sie darüber?

Ich finde, man sollte Verbrechen nicht gegeneinander aufrechnen. Alle sind schlimm.

Frage: Bereits im Jahr 1954 stellte die damalige FDP-Fraktion im Bundestag den Antrag: Die Verbrechen der Nazis werden nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Große Teile der CDU-Fraktion wollen dem zustimmen. Um großen außenpolitischen Schaden zu verhindern, setzte sich Adenauer mit der SPD in Verbindung. Gemeinsam stimmten dann die SPD geschlossen und Teile der CDU-Fraktion gegen den FDP-Antrag.

Wird in der Politik nicht allzu viel mit zweierlei Maß gemessen?

Das ist oft leider so.

Frage: Im Berliner Abgeordnetenhaus und dem ehemaligen Preußischen Landtag erinnert nichts an den langjährigen Ministerpräsidenten Otto Braun. Die damalige Präsidentin, Hanna-Renate Laurien, hat uns zugesagt, dies zu ändern. Geschehen ist bis heute nichts. Werden Sie das ändern?

Das ist falsch. In der Ausstellung im Parterre wird an mehreren Stellen Otto Braun gezeigt und seine wichtige Rolle beschrieben.

Frage: Im Foyer des Berliner Abgeordnetenhauses wird auch an Hermann Göring gedacht, nicht an Otto Braun. So wird als das herausragende Ereignis im ehemaligen Preußischen Landtag die Hochzeit von Hermann Göring mit Emmy Sonnemann bezeichnet und darüber mit Bildern ausführlich berichtet. Das ist den Zeitungen in Berlin nicht aufgefallen. Schlimmer geht es nimmer. Teilen Sie unsere Ansicht?

Hermann Görings wird nicht „gedacht“. Das Hochzeitsbild zeigt den Missbrauch des Gebäudes durch die Nazis.

Frage: Wir vertreten die Ansicht, dass der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 die eigentliche Geburtsstunde des ersten demokratischen deutschen Staates war.

Teilen Sie unsere Ansicht und werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Beschlüsse, die hier verabschiedet wurden, gebührend herausgestellt werden? Das deutsche Volk soll die Möglichkeit haben selbst zu entscheiden, welche Regierungsform es haben will. Freie, gleiche und geheime Wahlen, Frauenwahlrecht, Abschaffung des Drei-Klassenwahlrechts, 48-Stundenwoche, Abschaffung von Kinderarbeit usw.

Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte war das wichtigste politische Ereignis im Hause, das wird in der Ausstellung zutreffend dargestellt.

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.

Briefe

Bezüglich der Vereinbarung der Berliner Koalition, ein Denkmal für Rosa Luxemburg zu errichten, haben wir dieses nachstehende Schreiben an Folgende gerichtet:

An
den Herrn Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhaus
Preußischer Landtag
10111Berlin

An
den Senat von Berlin
Berliner Rathaus
10173 Berlin

An
die Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, der PDS, des
Bündnis 90 / Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus
Preußischer Landtag
10111 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Regie-
render Bürgermeister und sehr geehrte Damen und Her-
ren Senatoren, sehr geehrte Damen und Herren Abge-
ordnete,

von der derzeitigen Senatskoalition ist eine unglückli-
che Vereinbarung geschlossen worden, in Berlin ein
Rosa-Luxemburg-Denkmal aufzustellen.

Wir aktiven Demokraten des Reichsbanners Schwarz-
Rot-Gold müssen diese Absicht als eine Verhöhnung
jeglichen demokratischen Engagements, insbesondere
unserer von Kommunisten und Nazis umgebrachten
Kameraden empfinden.

Rosa Luxemburg war neben Karl Liebknecht die ent-
scheidende Funktionärin der Kommunisten bzw. der
kommunistischen „Spartakus-Gruppierung“, die 1918/
19 alles unternahmen, um die Etablierung der Demokra-
tie in Deutschland an Stelle einer „Rätediktatur“ nach
sowjetischem Vorbild zu verhindern. Ihre Aufforderung
an die Kommunisten, gegen Sozialdemokraten und Ge-
werkschafter nach dem Motto: „Knie auf die Brust,
Daumen aufs Auge!“ vorzugehen, sagt alles!

Wir bitten Sie daher, diese unglückselige Koalitionsab-
sicht nicht umzusetzen.

**Berlin ist keine „kommunistische Stadt“, sondern
genau das Gegenteil: Berlin ist die Stadt der freiheit-
lichen Demokratie. Hier wurde nach 1945 die Frei-
heit für ganz Deutschland erkämpft.**

**Die Gesamtberliner Wahlen vom 20. Oktober 1946,
bei denen sich bei einer hohen Wahlbeteiligung 80
Prozent der Berliner für die Demokratie entschie-
den, nur 20 Prozent Kommunisten wählten und die
der unvergessene Redakteur Erik Reger des „Tages-
spiegel“, vor 1933 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-
Rot-Gold, im Sinn des Schweizer Freiheitshelden**

**Winkelried mit „Der Freiheit eine Gasse, so hat
Berlin gewählt!“, bewertete, hat für das heutige Berlin
nicht nur symbolischen Charakter, sondern ist eine
Verpflichtung für alle heutigen Berliner Politiker!
In dieses freiheitlich-demokratische Berlin passt kei-
ne kommunistische Skulptur á la Rosa Luxemburg;
das wäre eine Verhöhnung der Stadt und seiner
Bürger!**

Wir nehmen aber diese Situation wahr und bitten Sie, ja,
fordern Sie auf, die richtigen Konsequenzen zu ziehen
und vor dem Gebäude des preußischen Landtages ein
Denkmal für Friedrich Ebert zu errichten.

**Hier im „Preußischen Landtag“, im Dezember 1918,
hat Friedrich Ebert eine Großtat für Deutschland
erbracht, indem er mit seinem Einsatz die Mitglieder
der hier tagenden „Reichskonferenz der Arbeiter-
und Soldatenräte“ überzeugen und bewegen konnte,
sich an Stelle der kommunistischen Forderung nach
einer Rätediktatur für die freiheitliche parlamenta-
rische Demokratie, für die freie Wahl einer „Natio-
nalversammlung“ zu entscheiden.**

Friedrich Ebert war nicht nur der erste Präsident der
Republik Deutschland, sondern er war mehr, er war die
personifizierte Symbolgestalt der deutschen Demokra-
tie. Er verkörperte überzeugender als alle anderen Auf-
richtigkeit und Anstand, Wahrheit und Ehrlichkeit, Frei-
heit und Pflichtbewusstsein, Gemeinsinn und Mensch-
lichkeit, die Tugenden, die einen großen Staatsmann
auszeichnen.

Zu Recht gab es nach seinem Tod dreißig Denkmäler von
ihm in Deutschland. 1933 haben die Nazis alle zerstört.

Es wäre daher ein besonderer politischer Akzent, ja, ein
Zeichen für die Geschichte unserer Demokratie, wenn
das Berliner Abgeordnetenhaus und der Berliner Senat,
dieser Nazi-Barbarei nachträglich begegnen und die
große Persönlichkeit Friedrich Eberts würdigen, indem
Sie beide vor dem Gebäude, in dem Friedrich Ebert seine
größte Leistung für die freiheitliche Demokratie voll-
bracht hat, vor dem Preußischen Landtag, ein Denkmal
für Friedrich Ebert errichten lassen würden.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ruft Sie hierzu
auf!

Mit freundlichen Grüßen
Hans Bonkas



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 63.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, dass unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

